

# Schweden

Tobias Etzold / Christian Opitz

Superwahljahr – so könnte man 2014 für Schweden in einem Wort zusammenfassen. Auch wenn die Abstimmung zum Europäischen Parlament im Frühjahr den Auftakt bildete, stand diese bereits klar im Zeichen der Wahlen zum nationalen *Riksdag* im September, flankiert von den zeitgleichen Abstimmungen auf Kommunal- und Regionalebene. Ungeachtet eines wahrscheinlichen Regierungswechsels im Herbst 2014 wird sich an der intergouvernemental angelegten EU-Politik Schwedens wenig ändern. Neben klassischen Themen wie Beschäftigung und Umwelt engagiert sich das Land prominent in der Östlichen Partnerschaft. Die Ukraine-Krise löste eine neue nationale Sicherheits- und NATO-Beitrittsdebatte in Schweden aus.

## Europapolitik

Den Anfang im schwedischen Superwahljahr 2014 machten die Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai. Die Wahlen galten als Stimmungstest vor dem nationalen Urnengang im September. Der schwedische Wahlkampf wurde demnach auch primär von innenpolitischen Themen geprägt. Die Wahlen wurden von den oppositionellen Sozialdemokraten mit 24,4% gewonnen. Ihr Abstimmungsergebnis war gleichbleibend gegenüber den Europawahlen 2009 und lag deutlich unter den in Umfragen vorhergesagten 30-31%. Die ebenfalls oppositionellen Grünen, die allgemein als gemäßigt EU-kritisch gelten, führten mit 15,3% ein Rekordergebnis bei landesweiten Wahlen ein. Die regierende konservative Moderata Samlingsparti (Die Moderaten) unter Regierungschef Fredrik Reinfeldt war dagegen mit 13,6% die große Wahlverliererin. Die rechtspopulistischen und EU-feindlichen Schwedendemokraten schnitten weit besser ab als die meisten Prognosen vorhergesagt hatten und erhielten 9,7% der Stimmen. Damit stellen die Sozialdemokraten sechs der insgesamt 20 Schweden zustehenden Sitze im Europäischen Parlament. Grüne und Moderate erhielten jeweils drei, Liberale und Schwedendemokraten jeweils zwei sowie Christdemokraten, Zentrumspartei, Feministische Initiative und Linkspartei jeweils einen Sitz. Die Wahlbeteiligung lag in Schweden mit 51% über dem EU-Durchschnitt von 43%. Gegenüber den Europawahlen 2009 war sie damit um 6% gestiegen.

Das bei den Wahlen zum Europäischen Parlament erstmals angewandte Spitzenkandidatenprinzip fand in Schweden keine Gegenliebe, weder bei Regierung noch Opposition. Die Spitzenkandidaten spielten keine Rolle im Wahlkampf. Parteiübergreifend wünschte die schwedische Politikelite keine Politisierung der Europäischen Kommission und befürchtete einen Machtverlust für die Mitgliedstaaten. Eine automatische Nominierung des siegreichen konservativen Spitzenkandidaten Jean-Claude Juncker als Kommissionspräsidenten lehnte Ministerpräsident Reinfeldt demnach zunächst ab. Stattdessen plädierte er dafür, am bisherigen Nominierungsverfahren festzuhalten. Kurzzeitig war auch er selbst im Gespräch als Kompromisskandidat für den Posten. Als sich unter den anderen Staats- und Regierungschefs eine qualifizierte Mehrheit für Juncker abzeichnete und er die Unterstützung des Parlaments sicher hatte, akzeptierte Reinfeldt ihn schließlich als Kommissionspräsidenten.

Kurz nach den Europawahlen lud Reinfeldt seine deutschen, britischen und niederländischen Kollegen Merkel, Cameron und Rutte zu einem „Minigipfel“ ins schwedische

Harpsund ein. Zwar schwebte die Frage der Nominierung von Jean-Claude Juncker über dem Treffen, war offiziell aber kein Thema. Stattdessen wurde im kleinen Kreis informell darüber diskutiert, wie die EU konkurrenzfähiger gemacht und reformiert werden kann. Schweden gehört zu den EU-Mitgliedern, die sich generell dafür einsetzen, dass sich die EU wieder vermehrt auf ihre Kernthemen konzentrieren sollte. Dazu gehören der gemeinsame Binnenmarkt, Wettbewerbsfähigkeit und Umwelt – Themen also, in denen, laut EU-Ministerin Birgitta Ohlsson, sich auf europäischer Ebene auch tatsächlich etwas erreichen lässt.<sup>1</sup>

Außenminister Carl Bildt wurde mehrfach als Kandidat für den Posten des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik genannt. Er galt vielen aber als außenpolitischer „Falke“, insbesondere gegenüber Russland, und wurde daher als nicht mehrheitsfähig erachtet. Diese Überlegungen waren endgültig hinfällig, als die schwedische Regierung das bisherige schwedische Kommissionsmitglied, Cecilia Malmström, auch für die neue Kommission nominierte.

### **Außen- und Sicherheitspolitik**

Schweden hat zusammen mit Polen 2009 die Östliche Partnerschaft der EU begründet und gehört seitdem zu einem ihrer engagiertesten Befürworter. Im Kontext der Ukraine-Krise ist aus schwedischer Sicht ihre Bedeutung noch größer geworden. So ist es die wichtigste Aufgabe der EU, die Ukraine zu unterstützen und zu stärken.<sup>2</sup> Schweden verurteilte die Annexion der Krim durch Russland und die russische Ukraine-Politik scharf. Außenminister Carl Bildt bezeichnete diese als „Schwerverbrechen“.<sup>3</sup> Die militärische Zusammenarbeit mit Russland wurde eingestellt.

Die Krise in der Ukraine hat zudem unmittelbare Auswirkungen auf die schwedische Sicherheitspolitik. Zwar muss Schweden momentan keinen direkten Angriff fürchten, sich jedoch wohl auf eine zunehmende Unruhe und Instabilität in der Ostseeregion einstellen.<sup>4</sup> Vermehrt wird seitdem, auch im laufenden Wahlkampf, über die Verteidigungsfähigkeit Schwedens sowie einen NATO-Beitritt diskutiert. Schweden hatte sich über Jahre auf internationale Krisenmissionen unter UN-, EU- und NATO-Kommando und weniger auf die territoriale Verteidigung konzentriert sowie Etatkürzungen im Verteidigungshaushalt vorgenommen. Jetzt fängt das Land wieder an in sein Militär zu investieren, um dessen operative Einsatzfähigkeit zu verbessern. Bereits jetzt werden die Truppen auf der schon zu Kalten Kriegszeiten strategisch wichtigen Ostseeinsel Gotland wieder verstärkt. Einen möglichen NATO-Beitritt lehnt eine Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor ab. Jedoch wird der Widerstand in Politik und Öffentlichkeit langsam kleiner, parallel zum Stimmungstrend in Finnland. Es besteht Einigkeit zwischen beiden Ländern, die ohnehin militärisch enger zusammenarbeiten möchten, dass sie nur gemeinsam der NATO beitreten würden.

### **Innenpolitik**

Die schwedische Innenpolitik war 2014 vor allem auf die anstehenden Wahlen zum Riksdag, den 21 Landtagen sowie über 200 Gemeinderäten am 14. September ausgerichtet. Amtsinhaber Reinfeldt möchte sich das für einen konservativen Ministerpräsidenten

---

1 Vgl. Radio Schweden: Deutscher Staatsminister zu Besuch in Schweden: „Skandinavien sollte in das Herz Europas vorrücken“, 14.01.2014.

2 Vgl. Financial Times: Realist Carl Bildt helps Sweden punch above its weight, 04.06.2014.

3 Vgl. Die Zeit: Er ist hart, wir sind attraktiv, 26.06.2014.

4 Vgl. Neue Zürcher Zeitung: Schweden will aufrüsten. Weissbuch zur Verteidigungspolitik, 16.05.2014.

historische dritte Regierungsmandat sichern. Seinem Bündnis aus Moderaten, Liberalen, Zentrum und Christdemokraten steht jedoch eine wiedererstarke Sozialdemokratische Partei (SAP) gegenüber. Die SAP wird seit 2012 vom ehemaligen Gewerkschaftsfunktionär Stefan Löfven angeführt und hat seitdem einen inneren Reformprozess durchlaufen. Für ihn und Amtsinhaber Reinfeldt wird bis September viel davon abhängen, inwieweit sie die Wählerschaft in den breit diskutierten Fragen der Arbeit, Wohlfahrt und Bildung überzeugen können.

Die Regierung Reinfeldt kann auf ein moderates Wirtschaftswachstum 2013 von 1,5% verweisen, wobei die Prognosen für die nächsten Jahre den Wert konstant über 2% sehen.<sup>5</sup> Die Arbeitslosenquote liegt bei ca. 8% – für das Land immer noch ein vergleichsweise hoher Wert, jedoch weit unter dem EU-Durchschnitt. Zur gleichen Zeit besitzt Schweden mit knapp 80% die höchste Beschäftigungsquote aller EU-Länder. Trotz dieser relativ guten makroökonomischen Lage hat die SAP in Umfragen den Moderaten in deren Kernbereich der Wirtschaftskompetenzen den Rang abgelaufen.<sup>6</sup> Die SAP wirft der Regierung die hohe Jugendarbeitslosigkeit von 23% vor. Außerdem hätten immer neue Steuernachlässe die Staatsfinanzen ruiniert, da das für 2014 erwartete Defizit von 1,9% gemessen am Bruttoinlandsprodukt der schlechteste Wert seit fast 20 Jahren sei. Stattdessen will die Opposition die Arbeitslosenunterstützung erhöhen, eine aktivere Wirtschaftspolitik betreiben und größere Infrastrukturinvestitionen leisten. Vorschläge für die nötige Gegenfinanzierung bleibt sie jedoch schuldig.

Ein weiteres Wahlkampfthema ist der Umbau des schwedischen Wohlfahrtsstaats. Der Einfluss der Privatwirtschaft auf Leistungen im öffentlichen Sektor hat sich seit den frühen 1990ern Jahren deutlich vergrößert.<sup>7</sup> Die konservativ-liberale Koalition hat diese Entwicklung seit 2006 noch weiter vorangetrieben. Insbesondere der Gesundheitssektor geriet dabei in den Fokus der öffentlichen Debatte. Deregulierung und Privatisierung in diesem Bereich wird von der Opposition scharf kritisiert. In der Tat zeigt eine aktuelle Studie, dass Schweden das schlechteste Versorgungsniveau aller nordischen Länder aufweist und weiter abfällt.<sup>8</sup>

Einen wahrhaften Schock erlebte Schweden im Dezember 2013 mit der Veröffentlichung des neuen PISA-Rankings. In Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften verschlechterten sich 15-jährige Schüler/innen aus dem ehemaligen Vorzeigeland derart, dass sie nicht einmal mehr das Mittelfeld erreichten.<sup>9</sup> Insbesondere der vergrößerte Leistungsabstand zwischen der Schülerschaft sowie der gewachsene Einfluss des sozialen Hintergrunds auf den Lernerfolg wurden kritisiert. Die SAP machte erwartungsgemäß die Regierung für das schlechte Abschneiden verantwortlich. Die Hauptursachen liegen jedoch laut Experten bereits in den Reformen der 1990er Jahre, welche die freie Schulwahl sowie eine dezentrale und verstärkt private Trägerstruktur einführten.<sup>10</sup> Das Regierungsbündnis verabschiedete als Reaktion auf den öffentlichen Aufschrei einige Reformen, wonach u.a. Schüler früher benotet und die Ausbildung der Lehrerschaft verbessert werden sollen. Die SAP

5 Vgl. Economist Intelligence Unit: Country Report Sweden, 18.06.2014.

6 Vgl. Gero Maaß: Jetzt bitte keine Panik auf der Zielgeraden! Weshalb die Sozialdemokraten in Schweden Wahlfavorit sind, 27.01.2014.

7 Vgl. Håkan A. Bengtsson: The Swedish Model: Conflict or Consensus?, November 2013.

8 Vgl. Health Consumer Powerhouse: Euro Health Consumer Index 2013, 28.11.2013.

9 Vgl. OECD Programme for International Student Assessment: PISA 2012 Results, 03.12.2013.

10 Vgl. Silke Bigalke: Schluss mit lustig in der Schule. Süddeutsche Zeitung, 02.03.2014.

fordert hingegen kleinere Klassen und mehr Geld für Schulen mit schwacher Leistung, will aber ebenfalls grundsätzlich an der Zulassung von Privatschulen festhalten.

Wahlentscheidend könnte neben diesen Themen unterdessen eine andere Entwicklung sein. Fragen der Fremdenfeindlichkeit und Chancengleichheit werden auch nach über einem Jahr seit den Ausschreitungen in mehreren großstädtischen Problemvierteln im Mai 2013 kontrovers diskutiert. Zum Jahresende 2013 kam es zu landesweiten Protesten gegen Rassismus und Intoleranz, ausgelöst durch vermehrte Übergriffe faschistischer Gruppierungen. Politisch kanalisieren sich diese Strömungen zum Teil in dem gestiegenen Zuspruch für die Schwedendemokraten, die sich strategisch aber als wertkonservative anstatt offen rechtsradikale Partei zu präsentieren versuchen. Geradezu als politisch-soziales Gegenstück ist der Aufstieg der Feministischen Initiative (Fi) zu interpretieren. Die Fi versteht es dabei, sich mit ihrem Kampf gegen Intoleranz und Diskriminierung in der derzeitigen Stimmungslage in Szene zu setzen. Beide Parteien haben eine relativ hohe Medienpräsenz, sodass auch andere politische Akteure wieder vermehrt über gesellschaftliche Vielfalt und Gleichberechtigung sprechen.<sup>11</sup>

### Ausblick

Die lange prognostizierte Mehrheit für die sozialdemokratische Opposition bei den nationalen Wahlen im Herbst wackelt in den letzten Umfragen. Dies liegt vor allem an der wachsenden Unterstützung für die kleineren Parteien, wie die Grünen, die Schwedendemokraten und die Feministischen Initiative. Oppositionsführer Stefan Löfven hat bereits angekündigt, offen für eine Zusammenarbeit mit allen Parteien außer den Schwedendemokraten zu sein. Sein Gegenüber Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt sieht sich hingegen zunehmend mit Kritik an mangelnden Ideen und Lösungsvorschlägen für die Probleme des Landes konfrontiert.<sup>12</sup>

Unabhängig vom Wahlergebnis wird sich an der auf nationalstaatliche Souveränität bedachten EU-Politik des Landes indes wenig ändern. Die Sozialdemokraten hatten jedoch die EU-Politik der Regierung als passiv kritisiert und versprochen, im EU-Kontext aktiver aufzutreten und den sozial- und beschäftigungspolitischen Fokus der EU schärfen zu wollen. In jedem Fall wird sich die neu gewählte Regierung mit der frisch aufgeflamten Sicherheits- und NATO-Beitrittsdebatte auseinandersetzen müssen.

Profitieren wird die Opposition vielleicht weniger von den politischen Inhalten, die sich faktisch nur punktuell von der konservativ-liberalen Agenda der Regierung Reinfeldt unterscheiden. Eine gewisse öffentliche Neigung zu personellen Veränderungen an der politischen Spitze ist hingegen nach acht Jahren unter konservativ-liberaler Führung zu spüren.<sup>13</sup> Es mag daher als wahrscheinlich gelten, dass Löfven Amtsinhaber Reinfeldt beerben wird – jedoch ist noch reichlich unklar, mit welchem Regierungsbündnis und welcher parlamentarischen Arithmetik.

### Weiterführende Literatur

Vilde Renman: Political Crossroads in Sweden: the signs are red-green, EPIN Commentary No. 20/31 July 2014.

---

11 Vgl. Andrea Karlsson: Ausländerfeindlich und feministisch – Polarisierung im neuen Schweden, 30.06.2014.

12 Vgl. Vilde Renman: Political Crossroads in Sweden: the signs are red-green, EPIN Commentary No. 20/31 July 2014.

13 Vgl. Niklas Bolin: The 2014 Swedish election will result in a change of government, but not in a substantive change of policy, 12.03.2014.